

Pressemitteilung

Bundesregierung bremst bei Transparenzpflichten für Unternehmen

Berlin, 13. Dezember 2011: Anlässlich der in dieser Woche stattfindenden Konferenz der Bundesregierung „CSR - Gesellschaftliche Verantwortung im internationalen Dialog“ fordert das CorA-Netzwerk die Bundesregierung auf, zusammen mit Vertretern der Zivilgesellschaft konstruktiv an der Ausgestaltung einer Offenlegungspflicht für Unternehmen über soziale und ökologische Informationen zu arbeiten. Die EU-Kommission hat bereits angekündigt, eine solche Offenlegungspflicht einzuführen.

„Das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung kritisiert, dass Deutschland gegenwärtig auf europäischer Ebene versucht, notwendige Regeln zu verhindern, die Unternehmen verbindlich zur Übernahme von mehr gesellschaftlicher Verantwortung bringen sollen“, so Volkmar Lübke, Koordinator des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung.

„Die deutsche Bundesregierung und Unternehmensverbände bekämpfen den immer noch vorsichtigen Ansatz der EU-Kommission, Unternehmen mittels einer Offenlegungspflicht über die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu mehr Verantwortungsübernahme zu bringen. Sie tun Berichtspflichten als „Bürokratie“ ab und behaupten, dass Freiwilligkeit genüge“, so Lübke weiter. Mit ihrer CSR-Kommunikation hatte die EU-Kommission am 25. Oktober diesen Jahres bereits anerkannt, dass eine angemessene Verantwortungsübernahme nicht allein freiwillig sondern über eine intelligente Kombination aus freiwilligen und verbindlichen Maßnahmen erfolgen sollte.

„Nur wenn Banken, Handelskonzerne und Industrieunternehmen vergleichbare Daten zu ihrer sozialen und ökologischen Verantwortungsübernahme veröffentlichen, können wir ihr Verhalten wirklich bewerten und die richtigen Konsequenzen daraus ziehen“, so Volkmar Lübke. Durch freiwillige Berichterstattung erreichen wir keine derartig umfassende Transparenz.

„Für die Umsetzung des Impulses aus Brüssel gibt es bereits Vorbilder in anderen europäischen Ländern“, so Cornelia Heydenreich, Teamleiterin Unternehmensverantwortung bei der Organisation Germanwatch und Mitglied im Koordinationskreis des CorA-Netzwerks. „Eine Regelung wie in Dänemark reicht allerdings nicht aus. Dies zeigt eine neue Studie unserer Partnerorganisation DanWatch, nach der Unternehmen trotz der Berichtspflicht fast 80 Prozent der relevanten Herausforderungen ihrer Branche nicht thematisieren“, so Heydenreich weiter. Zudem genüge es nach dem dänischen Gesetz sogar, wenn ein Unternehmen erklärt, dass es im Bereich Unternehmensverantwortung nicht aktiv ist.

Weitere Informationen:

- Volkmar Lübke, CorA-Koordination, Tel.: 0172 / 54 00 582, info@cora-netz.de
- Cornelia Heydenreich, Germanwatch, Tel: 0179 / 783 55 51, heydenreich@germanwatch.org

CSR-Mitteilung der EU: http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/_getdocument.cfm?doc_id=7008

Studie zur dänischen Berichtspflicht: <http://www.corporatejustice.org/IMG/pdf/danwatch-study-danish-law-on-csr-reporting-november-2011.pdf>

Das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung besteht aus 52 Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für verbindliche Regeln für die Verantwortungsübernahme von Unternehmen einsetzen. (www.cora-netz.de)
